

16,05, Schuhmacher 15,10, Lederarbeiter 15,04, Former 14,96, Gemeindegewerksarbeiter 14,77, Dachdecker 13,94, Brauer 13,63, Maler 13,54, Buchdruckereihilfsarbeiter 13,07, Fabrikarbeiter 13,07, Maschinisten und Heizer 11,88, Sattler 10,06, Glasarbeiter 9,91, Steinarbeiter 9,66, Bergarbeiter 8,79, Textilarbeiter 6,97, Bergarbeiter 6,89, Barbierer 5,60, Schneider 5,50, Konditoren 4,82, Handelshilfsarbeiter 4,69, Bäcker 4,44, Schmiede 3,47, Bauarbeiter 3,40, Müller 2,83, Gastwirtsgehilfen 0,69, Gärtner 0,53, Handlungsgehilfen und Lagerhalter 0,46.

Die Schwierigkeit, die Arbeiter und Arbeiterinnen zur Organisation heranzuziehen, ist in den einzelnen Berufen verschieden groß. Es würde zu weit führen, dies des Näheren zu schildern. Es muß bei der Verteilung der Organisationsfähigkeit der Arbeiter in den einzelnen Berufen nicht nur das schon erwähnte Arbeiten auf dem platten Lande in Berücksichtigung gezogen werden, sondern auch der Umstand, ob in dem Beruf der Kleinbetrieb in starkem Maße vorhanden ist. Nach den Berechnungen, welche die Generalkommission nach den Ergebnissen der Berufszählung, unter Berücksichtigung dieser beiden Faktoren gemacht hat, besteht die größte Schwierigkeit bezüglich der Organisation bei den Wärlern, Schmiedern, Schuhmachern, Textilarbeitern und Schneidern. Dann folgen die Gärtner, Zimmerer, Labararbeiter und Maurer.

Die günstigsten Verhältnisse weisen nach dieser Richtung hin die Buchdrucker, Lithographen und Stukkateure auf. In den anderen Berufen wird, allgemein betrachtet, die Organisationsarbeit den gleichen Schwierigkeiten begegnen, wenn auch bei einzelnen, wie z. B. den Handlungsgehilfen, andere Faktoren es nahezu unmöglich machen, eine größere Zahl der Berufsangehörigen für die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation zu gewinnen. Bei den Handlungsgehilfen stehen den 500 Mitgliedern des Verbandes circa 180000 in kaufmännischen und antismittlichen Vereinen organisierte Handlungsgehilfen gegenüber. Diese Organisationen können als gewerkschaftliche Vereinigungen nicht angesehen werden, jedoch bilden sie ein Hindernis für den Fortschritt der Gewerkschaftsorganisation in dem Berufe.

Neben den Gewerkschaftsverbänden bestehen in den verschiedenen Berufen noch Vereine und Verbände gewerkschaftlicher Natur. Es sind Ende 1899 außer den 15946 Mitgliedern lokaler Vereine noch 86777 Mitglieder in den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und in den christlichen Gewerkschaften 112160 Mitglieder vorhanden gewesen. Dazu kommen noch 68994 Mitglieder in Vereinen, welche keiner dieser Organisationsgruppen angehören, so daß im ganzen Ende 1899 in Deutschland 864250 Arbeiter und Arbeiterinnen gewerkschaftlichen Vereinen irgend welcher Art angehört. Für den gewerkschaftlichen Kampf kommen neben den Gewerkschaftsverbänden die anderen Organisationsgruppen wenig in Betracht. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften wollen Frieden und Harmonie zwischen Kapital und Arbeit und auch die christlichen Gewerkschaften sind auf Grund der gleichen Tendenz in den letzten Jahren (hauptsächlich 1898 und 1899) gegründet worden.

Es dürfte übrigens der Zweck, welchen die Gründer der christlichen Gewerkschaften erstreben, nämlich die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften zu schwächen, nicht erreicht werden. Wie die Verhandlungen des letzten Kongresses, welchen sie am 3. Juni 1900 abhielten, zeigten, wollen die christlichen Gewerkschaften ernstlich an die Lösung der gewerkschaftlichen Aufgaben herantreten. Geschähe dies, so ist die Absicht der Gründer dieser Organisation vereitelt und ein Anschluß an unsere Gewerkschaften resp. ein gemeinsames Vorgehen eine Frage der Zeit.

Genso, wie die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften, stehen auch die lokalen Vereine im Gegensatz zu unsern Gewerkschaftsverbänden, während die anderen, zu keiner dieser Gruppen gehörenden Vereine zum Teil von der gleichen Tendenz wie die Hirsch-Dunderschen und die christlichen befeßt sind, zum Teil Aufspaltungen von Elementen aus den Gewerkschaftsverbänden sind, die eine Organisation nach ihren besonderen Wünschen haben wollen.

Der Fortschritt der deutschen Gewerkschaftsbewegung beruht auf der Stärkung der gewerkschaftlichen Zentralverbände, weil diese mit aller Energie befreit sind, den gewerkschaftlichen Kampf zu führen. Sie sind nicht nur doppelt so stark als alle anderen Organisationsgruppen zusammen, sondern sind durch fortgesetzte Verbesserung ihrer Einrichtungen und Stärkung ihrer Finanzen geeignet, die Mitglieder an der Organisation zu halten und den Unternehmern erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Es ist selbstverständlich auch hier noch vieles zu bessern. Besonders muß der Heranziehung der Arbeiterinnen zu den Gewerkschaften größere Aufmerksamkeit geschenkt werden, weil ohne Teilnahme derselben in vielen Gewerben ein Lohnkampf kaum noch geführt werden kann. Haben einzelne Organisationen auch schon einen nicht unbedeutlichen Prozentsatz der weiblichen Berufsangehörigen als Mitglieder, so die Schuhmacher 17,50, Buchbinder 15,45, Buchdruckhilfsarbeiter 12,22, Metallarbeiter 8,29 Prozent, so ist doch im allgemeinen die Organisation der weiblichen Arbeiter eine äußerst mangelhafte. Offenbar hält auch die Zunahme der weiblichen Mitglieder (von 1898 auf 1899 um 5799) ebenso an, wie die Steigerung der Mitgliederzahl der Gewerkschaften im allgemeinen.

Auch in Bezug auf die Finanzen, die Ansammlung größerer Fonds zur Führung des gewerkschaftlichen Kampfes, werden einzelne Organisationen nach Verbesserung

zu streben bemüht sein müssen, wenn insgesamt auch auf diesem Gebiete die letzten Jahre erfreuliche Fortschritte brachten.

Aus unserm Beruf.

— **Zarftgemeinschaft.** Nachstehend veröffentlichen wir eine uns ausgegangene Forderung in dieser Angelegenheit:

An die Redaktion der „Schuhmacher-Zeitung“
Mit Interesse verfolgte ich die Frage betreffs der Zarftgemeinschaft und hat mich hauptsächlich der Artikel von Herrn Philipp Herz gefreut, es geht daraus hervor, daß die diesem Fabrikanten (das heißt die besser bezahlte Stützkräfte haben) solchen Fortschritten entgegen sind, als die Fabrikanten, welche höhere Gehälter, das es ein Zimmer ist. So wurde mir aus Bamberg über Verhältnisse berichtet, daß man sich wundern muß, daß dafür überhaupt Löhne zu bekommen sind. Dies wird auch der Grund für die Weigerung des Herrn Manz sein. Sie können sich ja darüber Informationen beschaffen. Auch dort in dieser Fabrik (sogar Glastapier, Schwarz, Kalkpulver etc. u. v. von den Arbeitern geleistet werden, was selten in einer Fabrik der Fall ist) ist die Lebenshaltung, so sollen die Arbeiter unbedingt 25 Prozent verlangen, dann würden dieselben nicht bei jeder Kleinigkeit begehrt werden. Wozu sollte es jedem Fabrikanten freuen, daß mit der Zarftgemeinschaft die Angst vor dem Streik und die Schmutzkonkurrenz beseitigt würde.

Ein Werkführer, der ziemlich genaues Kenntnis in dieser Beziehung besitzt.

— **Ueber die gegenwärtige Geschäfts Lage im Schuhhandel und in der Schuhfabrikation.** Deutschland schreibt „Schuh und Leder“. Am rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist der Geschäftszustand in den Schuhwarenhandlungen in den ersten Tagen des Monats August ein sehr reger gewesen, was seinen Grund mit in dem Beginn der dortigen Schulferien, die Bornehmlich sind schwarze Sachen von besserer Qualität in Chevreau und Bor Calz besteht. Die Fabrikation ist eine regelmäßige, was seinen Grund mit in der abnormen Stellung der Händler hat, die da glauben, daß vielleicht die Lederpreise sinken, oder zu erreichen suchen, daß ihnen die früheren Schuhpreise wieder zugestanden werden. Wenn dies auch nur in vereinzelt Fällen geschieht, so kann es doch immer nur auf Kosten der Qualität erfolgen. Eben dasselbe Bild zeigt sich zumal für die Schuhfabrikation auch in Westfalen, welche in der Hauptsache für Detailsarbeiten. Die für Großfirmen thätigen Fabrikanten sind dagegen mit der Erledigung von Aufträgen vollst. beschäftigt, während in anderen Jahren die laufenden Wochen die Saison morte bedeuten, ist heuer Leben im Geschäftszuge. Am Frühlingsauftrag sind bisher nur wenige eingegangen. Unter den jetzt zur Ausführung kommenden Aufträgen ragen auch hier besonders schwarze Sachen hervor, und zwar solche vornehmlich in Röhler in mittlerer und geringerer Qualität. In Offenbach und in Gertur ist stiller Geschäftszug. Nur in den Ballschuhfabriken Berlins arbeitet man flott an den eingegangenen Aufträgen. Wie sich schon jetzt überblicken läßt, wird der weiße Schuh wieder die Saison beherrschen. Aus verschiedenen Gegenden kommt die Klage, daß infolge der ungünstigen Witterung vor Wintgen die Lager allenthalben noch mit farbigen Schuwerk gefüllt sind. Hier und da klagt man auch über den schlechten Rohstoffgang. — Im Gegensatz zu der Klage über die „Fällung der Räder“ äußerte sich ein Gertur Schuhfabrikant nach der Mitternacht seiner Geschäftsreise, daß die Läger in farbigen Sachen, besonders in Norddeutschland, total geräumt seien, so daß auch für nächstes Frühjahr große Drörs gegeben wurden. Auch die Berliner Schuhfabriken sollen gegenwärtig in raschem Tempo arbeiten.

— **Ueber die Entwicklung der Schuhmacherei in Württemberg** von 1893 bis 1895 schreibt die „Schwabische Laucha“. Unter den nach Personenzahl zurückgehenden Gewerben steht voran das Schuhmacherhandwerk. In diesem Gewerbe ist eine Abnahme der hauptberuflichen Personen um 11 Prozent, der Nebenberuflichen um 16 Prozent und eine Zunahme der Nebenberuflichen um 47 Prozent zu konstatieren. Das bedeutet, daß die Meinern Schuhmacher, die für sich allein arbeiten, im ganzen zurückgegangen sind, daß ein Teil von ihnen sich in die Landwirthschaft zurückgewandt hat, wo er das Schuhmachergewerbe nur noch nebenberuflich ausübt. Ebenfalls sind in den Kleinbetrieben, d. h. Betrieben bis zu 5 Personen, die dort Beschäftigten um 6 bis 10 Prozent zurückgegangen. Dagegen fand in den Betrieben mit 6 bis 10 Personen eine Zunahme um 17,8 Prozent, mit 11 bis 50 Personen um 11,5 Prozent, mit 51 und mehr Personen um 14,4 Prozent statt. Im Jahr 1899 gab es in Württemberg nur 2 Schuhfabriken mit über 50 Personen, im Jahre 1895 gab es deren 20, davon nicht weniger als 8 mit über 100 Personen. Das Schuhmachergewerbe ist geradezu typisch für die Tendenz der Konzentration der Betriebe, und diese Konzentration hat fastgehenden bei gleichzeitigem Rückgang der in diesem Gewerbe Beschäftigten Personen.

— **Zur Nachahmung empfohlen.** Unter dieser Spitzmarke schreibt die „Münchener Post“: Schuhmacherei Gg. Spiel in München, so wird uns berichtet, befaßt seinen Gehilfen nicht nur auskömmliche Löhne, sondern er bezahlt von heuer an jedem Gehilfen, der mehr als drei Jahre im Geschäft ist, jährlich einen achtägigen Urlaub bei voller Vorkzahlung. Bravo!

— **Sie will werden, aber es darf nicht.** Aus Hildesheim wird der Berliner „Volks-Zeitung“ vom 14. B. geschrieben: „Am gestrigen Abend fand im „Goldenen Engel“ eine Versammlung der hiesigen Schuhmacher-Verbandsmitglieder statt. Der Obermeister berichtete, daß der Regierungspräsident die Auflösung der Zwangsvereinigung nicht genehmigt habe. Nach eingehender Debatte wurde beschlossen, ein erneutes Gesuch um Auflösung einzureichen. Dieses Gesuch wurde von 82 Westlern unterschrieben. Man weist nicht, daß die Auflösung der Zwangsvereinigung doch schließlich erfolgen wird.“ Wenn die Meister selbst zu ihrem Glücke einer Zwangsvereinigung entbehren zu können meinen, warum will sie der Regierungspräsident wider ihren Willen damit belassen? Wir sollten meinen, die Handwerker sind über das, was ihnen nicht über schadet, am besten unterrichtet. Sicherlich sind die 82 Meister, die das Auflösungsgeheuch unterschrieben haben, durchweg majoritäre und weisen, was sie wollen.

— **Gegen das Antikontingenzgesetz** richtet die Vereinigung der Schuhwarenhandler eine Massenpetition, die von den sämtlichen geschäftlichen Handwerkern und Geschäftleuten in München unterschrieben werden soll. Es wird als Hauptforderung die Zentralisation des gesamten Verteilungsgeschäftes, auch des gerichtlichen, in einer städtischen Zentralverwaltung, wie sie Wien hat, verlangt. Dies zu deren Einrichtung werden wir keine politische Vorarbeiten zur Überwindung der Privatantikontingenz notwendig. Hauptforderung ist dabei das Verbot der Rekrutierung neuer und Partikularisten.

— **Konkurrenz in Schuhfabriken:** Schneider, Schuhfabrikant in Birmatzen, der seinen Gläubigern 20 Prozent offeriert, ferner 3 Schuhmachereister und 2 Schuhhändler.
— **Von der Notlage der Schuhfabrikanten.** Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Auch die schweizerischen Schuhfabrikanten jammen das ganze Jahr hindurch, daß sie nichts verdienen, wie ihre Kollegen in Deutschland. Eine Illustration zu dieser verlogenen Jeremiade bieten folgende Thatsachen. Vor einigen Wochen hielt sich die Frau des Schuhfabrikanten M. in S. halle drei Wochen zur Erholung auf dem Rigi auf; dann fuhr der Herr selbst zum Besuche der Weltausstellung nach Paris. Von hier zurückgekehrt, begab er sich nach kurzem Aufenthalt in der Nähe seiner schlecht entlohten Lohnknechten für mehrere Wochen in das Berner Oberland. Für ihren Haushalt verlangte Madam alljährlich Geld vom Buchhalter: 20 Fr., 30 Fr., 50 Fr.; je nachdem, aber mehrere hundert Franken jede Woche, d. h. so viel, als jahrelange

Fabrikantenschuhmacher an Lohn zum Unterhalt für sich und ihre ganze Familie in 14 Tagen erhalten. — Aber es bleibt trotz alledem dabei, die Schuhfabrikanten verdienen auch in der Schweiz nichts, umso mehr aber natürlich die Arbeiter!

— **Vom Schuhfabrikanten zum Bierbrauer** übergegangen ist der frühere Berliner Schuhfabrikant Erpel. Wir lernen einen andern Mann, der vom Schriftsteller zum Werführer in einer Schuhfabrik avancierte. Heutzutage ist eben alles möglich.

— **Ausgelöst** wurde die Zwangsvereinigung der Schuhmacher in Kall bei Köln.

Herr Kommerzienrat Manz über die Zarftgemeinschaft.

Herr Kommerzienrat Manz, Schuh- und Schäftefabrikant in Bamberg, der Vorsitzende des Fabrikantenverbandes, hat für sich und den Verband in „Schuhmarkt“ zu dem Artikel des Herrn Herz-Mills in der „Sozialen Praxis“ Stellung genommen. Er hat dies nicht gerne und nur widerwillig gethan und jeder Satz seiner Erklärung offenbart den Aergers über den Artikel des Herrn Herz sowie über uns Mitarbeiter, die wir an den Ausführungen des Herrn Kommerzienrats, die er in der Straßburger Generalversammlung über die Zarftgemeinschaft machte, Kritik übten und andererseits uns über den Herzischen Artikel freuten. Wir hätten lieber das eine noch das andere thun sollen — indeß sind die persönlichen Gefühle des Herrn Kommerzienrats für die Redaktion dieses Blattes nicht bestimmend.

Mit Herrn Herz wird zwar ins Gericht gegangen. Es werden ihm gegenüber Rathgeberinhalten und doctrinäre Auslassungen ausgehört und es wird so als ein bischen bumm und unvorsichtig hingestellt, daß er bei seinen Gedanken über die Zarftgemeinschaft offenbar gar an die englische Schuhindustrie dachte, die doch in Bezug auf die Arbeiterfrage mit deren Organisation wie hinsichtlich der Art der Betriebsweise und deren Arbeitsverhältnisse hienimweit von der unrigen verschieden ist.

Das ist die alte Weisheit, die uns schon seit längerer Zeit aus dem „Schuhmarkt“ bekannt ist, die aber durch ihre fortwährende Wiederholung, auch durch den Herrn Kommerzienrat, nicht imponirender, nicht beweiskräftiger und nicht überzeugender wirkt. Soviel uns bekümmert, arbeiten auch die englischen Schuhfabriken nicht mit Dampfmaschinen, sondern mit Schmutzmaschinen, nicht mit der Bädermühle, sondern mit Feilen und nicht für die Köpfe, sondern für die Füße. Und bezüglich der Arbeitsverhältnisse besteht ungewissheit die Thatsache, daß die deutschen Schuhfabrikanten wie die englischen ihre Ware verkaufen im Inland und fürs Ausland, an Großfirmen wie an Detailsfirmen, an Mänter wie an Frauen. Ob die englischen Schuhfabrikanten mehr für den Export, die deutschen mehr für den Inlandmarkt arbeiten, ist für die Beurteilung der Hienimweitigkeit der Zarftgemeinschaft in der Schuhindustrie eine ganz gleichgültige Nebenbedeutung.

Unter diesen Umständen kann Herr Manz mit der alten und beweislosen Nebenart von Vergleichungen der englischen und deutschen Schuhindustrie nur gedankenlos und kritiklos Lesern die Meinung beibringen, daß die Zarftgemeinschaft in der englischen Schuhindustrie möglich und nützlich, in der deutschen Schuhindustrie aber unmöglich und schädlich sei.

Die eigentliche Erklärung des Herrn Manz lautet: „Demgegenüber erklären wir kurz und bündig, daß wir bei der verschiedenartig gelagerten Fabrikation in der Schuhbranche, insbesondere bei den grubvertriebenen Qualitäten, welche an diesem oder jenem Orte hergestellt werden, und demgemäß auch im Verkauf einen grundverschiedenen Preis erzielen, eine Zarftgemeinschaft für unbillig und vollständig unüberführbar halten und daß wir diese Bestrebungen, hinter denen sich doch nur eine über die vernünftigen Grenzen hinausgehende Vortreiberei verhehlt, auch fernerhin energisch bekämpfen.“

Die Festlegung der Arbeitszeit und der Lohnsätze ist Sache der freien Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitern jedes einzelnen Betriebes, und wir werden uns auch fernerhin der Einsetzung einer Vorkontingenzbehörde über unseren Köpfen zu erwehren wissen.

Dabei stehen wir nach wie vor der Frage der thümlichen Kürzung der Arbeitszeit und der Beschränkung der Lebenshaltung der Arbeiter sympathisch gegenüber, fordern dringend von unsern Mitgliedern, die sich Arbeitervereine bilden, damit ein friedlicher Ausgleich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gefunden werden kann, und wir werden uns auch durch die persönlichen Beirathungen im „Schuhmacher-Zeitung“ in diesen Beziehungen nicht irremachen lassen. Eine „Waldmarche“ ohne Sinn und Vernunft und ohne Rücksicht auf Intelligenz und Gefühlsfähigkeit des Arbeiters weisen wir im Interesse des Arbeiters sowohl wie des Arbeitgebers zurück.

Im übrigen bedauern wir, daß Herr Herz diese Ideen über eine Zarftgemeinschaft in der Schuhfabrikation nicht auf der Hauptversammlung in Straßburg zum Ausdruck brachte. Man hätte sich dann darüber gründlich aussprechen können und wahrscheinlich wäre zu Tage getreten, daß die Vorgesandten für die Zarftgemeinschaft nicht die unternünftigen sind.“

Herr Manz wittert hinter der Zarftgemeinschaft, „über die vernünftigen Grenzen hinausgehende Vortreiberei“. Eine merkwürdige Furcht! Geht's möchten wir je eher je lieber mit der heute bestehenden unternünftigen schlechten Vorkontingenz in der deutschen Schuhindustrie aufraumen und wir halten die Zarftgemeinschaft in der That für ein geeignetes Mittel, der Schmutzkonkurrenz auf Kosten der Arbeiter eine Schwänke zu errichten; allein das Wort Gemeinschaft sagt ja an sich schon deutlich, daß Arbeiter und Unternehmer sich gegenseitig verpflichten und miteinander den Inhalt der Zarftgemeinschaft festlegen sollten. Die Arbeiter können also nicht einseitig unvernünftigen Vortreiberei betreiben, nicht eine solche den Fabrikanten aufzwingen. Herr Manz scheint daher jedes Verständnis für die Zarftgemeinschaft zu fehlen; es wäre aber für den Vorsitzenden des Fabrikantenverbandes eine heilige Pflicht, sich mit dieser Sache näher vertraut zu machen und so dafür das nötige Verständnis zu erlangen.

Auf der gleichen Höhe der Auffassung wie bezüglich der unvernünftigen Vortreiberei steht diejenige bezüglich der „Einsetzung einer Vorkontingenzbehörde“: c. Hunderte von Schiedsgerichten, Zarftkommisionen etc. bestehen bereits in Deutschland und im Ausland, tausende von Unternehmern stehen zu denselben in Beziehung und noch nicht ist von dieser Seite von „Vorkontingenzbehörde“, von Bevormundung gesprochen bzw. darüber geklagt worden. Eine solche Behörde hieß Herr Manz vorbehalten, weil ihm das Wesen der Zarftgemeinschaft völlig unfaßbar ist. Wie? Eine gemeinsame von Arbeitern und Unternehmern bestellte Kommission zur Überwindung einer gemeinlichlich getrockneten Vereinbarung, zur friedlichen Schlichtung auftauchender Differenzen etc. soll eine Vorkontingenzbehörde über unsern Köpfen sein? Es ist schwer zu begreifen und zu verstehen, wie ein so unvernünftiger Mann in einem so wichtigen und so komplizierten Sache so begrifflich sein kann. Vielleicht kommt Herr Manz im Laufe der Zeit noch zu besserer Einsicht und zu besserem Verständnis für die Zarftgemeinschaft.

Was Herr Manz unter der „thümlichen Beschränkung der Arbeitszeit“ versteht, wissen wir, nämlich den Feinshundebtag. Den Neunhunderttag will er bekanntlich nicht, während aber die Arbeiter ihn antreiben.

Wenn Herr Manz im Ernste die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter will, so sollte er gerade zur Erreichung dieses Ziels für die Zarftgemeinschaft eintreten, denn sie ist das beste Mittel hierzu, da sie am geeignetsten ist, mit den Hungerlöhnen und mit der Schmutzkonkurrenz aufzuräumen.

Herr Marx wiederholt sodann seinen schon in Straßburg gegen uns erhobenen Vorwurf der persönlichen Verunglimpfung. Wir haben diesen absolut unredlichen Vorwurf damals zurückgewiesen und inzwischen hat er nicht mehr Berechtigung erlangt. Herr Marx scheint Person und Sache nicht auseinander halten zu können. Wir treten seinen nach unserer Auffassung irigen Ansichten über die Beziehungen der Arbeiter entgegen, wir belampfen seine Opposition gegen dieselben und wir wählen dabei seinen Namen nennen und uns an seine Person halten, aber wir haben es dabei immer nur mit dem Vorwissen des Fabrikantenverbandes und nicht mit dem Willen, mit der Arbeiterpartei des Herrn Marx zu thun. Das möge er endlich einsehen und begreifen und uns in Zukunft mit seinen absolut unredlichen Vorwürfen verschonen.

Einige gehen wir schließlich vollständig mit Herrn Marx in der Zurückweisung einer „Gleichmaderie ohne Sinn und Vernunft“ etc., weil eine solche in der That Unfug wäre. Leider erfahren wir nicht, von welcher Seite eine solche unfünliche Gleichmaderie verlangt wird. Es scheint sich um einen Windmühlens Kampf nach dem Beispiel des berühmten spanischen Ritters zu handeln.

Im übrigen steht die Tarifgemeinschaft weiter zur Diskussion, die das Verhältniß für dieselbe nur fördern kann. Und der Mangel an Verbindlichkeit ist es, der uns in dieser Frage als größtes Hindernis entgegensteht. Ist erst dies Bollwerk überhoben, dann wird es mit der Tarifgemeinschaft vorwärts gehen.

Was lehrt uns die Tautlinger Aussperrung?

Es dürfte nunmehr angebracht sein, seine Meinung über die Bewegung der Tautlinger Kollegen, nachdem der Kampf vorüber und die unmittelbaren Erörterungen in „Fachsblatt“ verschwunden sind, öffentlich auszusprechen. Es ist dies um so notwendiger, als ja vorausgesetzt ist, daß in der deutschen Schuhindustrie noch mehr solche Kämpfe vorkommen werden; offensichtlich aber mit bestem Erfolge für die Arbeiter.

Dazu ist es aber nötig, aus den Erfahrungen mehr zu lernen, als was es leichter der Fall war.

Die Niederlage in Tautlingen wäre zu vermeiden gewesen, wenn unsere dortigen Kollegen mehr Schulung und vor allem Dinge eine bessere Leitung gehabt hätten, die die inneren Verhältnisse der dortigen Schuhindustrie etwas besser kaufmännisch erforscht hätte, ehe man zu der Forderung schritt. Aber auch unbegründlich ist es, wie der Zentralvorstand seine Zustimmung zur Erhebung der Forderung für Waid, Freigabe der Fountainuren und zehnprozentige Lohnerhöhung geben konnte. Es war dem Zentralvorstand nicht unbekannt, daß es zu einem allgemeinen Treffen kommen würde, noch doch erst kurze Zeit vorher der allgemeine Kampf nur mit knapper Not verhindert worden. Richtig man nun weiß, wie die Dinge in einer Stadt liegen, so wird man seine Operationen so ein, daß man unter günstigen Bedingungen losschlägt.

Wären nun die Bedingungen in Tautlingen günstig? Nein und abermals nein! Wenn auch in den Fabriken die Arbeit flott ging, so ist das noch lange kein Beweis für günstige Geschäftsverhältnisse. Es kann oftmals viel Arbeit da sein und doch ist die innere Geschäftslage einer Industrie recht saul, so daß für die Besitzer ein wochenlanger Stillstand der Fabriken eine wahre Erlösung von finanziellen Sorgen bedeutet. Schreiber dieses hat seine Meinung darüber bereits auf dem Velleitungsindustriefest ausgesprochen, als von den Befürwortern des Velleitungsindustriefestverbandes auf die Niederlagen in Erfurt, Siedlerbad und Burg hingewiesen wurde. Unangenehme Organisation und kein Geld sollten die Schuld sein. Wir haben jetzt zu jenen drei großen Niederlagen noch zwei hinzuzukommen: Offenbach und Tautlingen.

In Offenbach wurde gefordert: Freigabe der Fountainuren, Vollerhöhung von 10 bis 15 Prozent und Verärgerung der Arbeiter. Die Kollegen berieten über diese Sache aus, aber wir haben sich doch eine große Schlappe geholt. Offenbar fehlte es den Offenbachern auch an kaufmännischer Einsicht, sonst hätte sie nicht drei solche bedeutende Forderungen stellen können.

Jede von den gestellten Forderungen einzeln erhoben, hätte nach dem Stande der Industrie bewilligt werden können. Die deutsche Schuhindustrie wird in ihrer Finanzlage von unserer geistigen Führerschaft falsch verstanden und beurteilt. Der Hinweis auf die großen Mietsgesellschaften läßt das ganze Bild der deutschen Schuhindustrie, wie sie sich so verhalten haben wie die deutsche Schuhindustrie, was man am besten erkennt aus der Preisbewegung, die stattgefunden hat. Geschäftliche Löhnerhöhungen einseitig mit allen letzten Begleiterscheinungen, wie Vermögensverlust und andererseits fast vollständige Unmöglichkeit einer Preisbewegung. Letzteres erklärt sich daraus, daß die Fabrikanten mit den Bedrogproffeln ihre bestimmten Lieferungsverträge auf längere Zeit haben und an bestimmte Termine gebunden sind, obwohl im Empfang von Geld als auch der Bezahlung. Es ist nun selbstverständlich, um obiges ermöglichen zu können, daß entsprechende Beträge wieder mit den Schuhfabrikanten abgeschlossen werden. Der finanziell schwache Fabrikant befindet sich da oft in sehr unangenehmer Lage. Nun kommt es aber nicht selten vor, daß Fabrikanten keine bestimmten Abnehmer haben, deshalb von Zeit zu Zeit genötigt sind in Mänsch zu verkaufen, wenn Wechsel in Sicht sind.

Zu dieser Sorte Fabrikanten gehören die Tautlinger in ihrer Mehrzahl, bei denen ist schwer etwas zu holen. Wie legen nun die Verhältnisse bei Ausbruch des Kampfes? Es ist in der Lederbranche in diesem Frühjahr dahin gekommen, daß die Lederproffeln mit Rücksicht darauf, daß eine fortgesetzt steigende Tendenz auf dem Weltmarkt bestand, es ablehnten mit den Fabrikanten längere Lieferungsverträge abzuschließen, selbst die besten Firmen erhielten keine Vergünstigung. Die Lederfabrikanten sind zu dieser Maßnahme gezwungen, wollen sie nicht große Verluste tragen. Nun überlege man sich die Situation in einem solchen Industriezweig wie Tautlingen. Teure Rohmaterialien, keine feste Abnehmerkraft, an Beträge nicht gebunden, in solchem Moment kommt ein Teil der Arbeiter mit Forderungen. Das war für das hochmütige Fabrikantentum ein gefährliches Freisetzen, jetzt hatten sie einen billigen Grund, die Aussperrung herbeizuführen. Eine Woche nicht produzieren bedeutet für sie eine finanzielle Belundung, die einlaufenden Wechsel wurden anstandslos von den Lieferanten verlängert, die Vorteile von Waren unter normalen Preisen verkauft und was die Hauptsache ist, es sieht nach Außen so aus, als hiede wunder was hinter den Heiden. Der Kredit der Fabrikanten wird gehoben, dabei wird aber der ganze Kampf auf Kosten der Lederlieferanten, die höchstens ihre Procente erhalten, geführt.

Da haben die Herren gut die Idee und lampfereit sein. Unsere bunten Kollegen merken gar nicht, wie sie als Bankrottverdingungsobjekt benutzt werden und verdueren das schöne Geld der Organisation. Es ist ein Jammer, mit anzusehen, wie dann über einen Mann, der kein ganzes Leben hindurch den Arbeitern geholt hat, hergefällt wird, wenn derselbe nach dem harten Tautlinger Urteil und unersättlichen Geizhockungen verurteilt wird. Bei solchen Erfahrungen halte ich es für richtig, sich im Interesse der Organisation die Frage ernstlich vorzulegen, wie bei künftigen derartigen Fällen gehandelt werden soll. Da kommt mir zur Frage unsere Taktik. Wir haben immer darauf Bedacht genommen, die günstige Konjunktur auszunutzen. So lange wir kein geschlossenes organisiertes Unternehmertum vor uns hatten, haben wir dabei gut abgesehen, jetzt aber, nachdem die Unternehmerverbände überall bestehen, kann mit dieser Taktik nur dann etwas erreicht werden, wenn die Organisation eine vollständig geschlossene, gut disziplinierte ist, die jeden Befehl der Führerschaft aufs genaueste ausführt. Ebenso notwendig ist es, die Mittel zum längeren Aushalten bereit zu halten. Da wo letzteres fehlt, ist es von der Führerschaft geradezu fribol, dennoch den Kampf auf-

zunehmen, das Geld muss dann aufgebracht werden, indem man an die große Öffentlichkeit appelliert. Solche Kämpfe sind aber bereits dann entschieden mit dem Augenblick, wo sie begonnen wurden, weil die Macht von Anfang an auf seiten der Unternehmener war. Das einzige, was da die Arbeiter zum Siege führen kann, ist, den Kampfsplan so schnell als möglich mit Weis und Klug zu verlassen, so daß das Unternehmertum erkennt, daß ihm keine Bienen den Rücken lehnen.

Aber solche entschlossene Männer gibt es nicht viel, namentlich bei den Schuhmachern. Kommt es dann obenbreiten noch zu einer Aussperrung, so muss erst richtig verfahren werden: den Schlegel ansetzen, soll in solchen Fall überhaupt nicht gegeben und immer aus folgenden Gründen: 1. Bei einer Aussperrung ist zu beobachten, daß das Unternehmertum der angrenzende Teil ist, denn jede Aussperrung regt die Öffentlichkeit an, wird nun aus der Kündigung zur Aussperrung ein sofortiger Streik begonnen, so wird dadurch schon die öffentliche Meinung geleitet. 2. Der Streik verhindert eine Verhandlung der parlamentarischen Vertreter der Gesamtorganisation; 3. kann, wenn einmal die Arbeit niedergelegt ist, nicht mehr viel über die Aussicht des Kampfes untersucht werden. Das Letztere ist aber so notwendig wie das Erstere. Wenn aber je die Pflicht vorhanden ist, gegenüber der Gesamtorganisation alles zu thun, einen solchen Versuch zu verhindern dann ist es hier der Fall. Die Kollegen Deutschlands sollten deshalb mit Freuden begrüßen, daß eine junge, intelligente Kraft in den Zentralvorstand gekommen ist. Befehle doch nur die Hoffnung, daß vieles bei uns anders wird. Wohl hat auch Simon noch vieles zu lernen, aber wer hat das nicht? Möge unsere jetzige Führerschaft sich nicht betren lassen von den Stimmen, die im Fachblatt laut geworden sind, die Intelligenz der Kollegenchaft steht hinter ihr. Schreiber dieses ist der Meinung, daß eine Gewerkschaft durch unfähige gewöhnliche Leiter und Führer ebenso bankrott gemacht werden kann, wie manche „Gewerkschaftsfabrikat“.

Wenn etwas notwendig ist für die deutschen Schuhmacher, so ist dies fleißiges Lernen in jeder Beziehung. Es würde sich viel besser ausnehmen, wenn aus Kollegenreisen Stimmen im Fachblatt laut würden, daß unsere Zentralleitung sich besser um den Stand der deutschen Schuhindustrie bekümmere.

Nebenbei ist es aber auch, sich über die Solvenz (Zahlungsfähigkeit) der einzelnen Unternehmer zu informieren. Allerdings gehört hierzu größere, kaufmännische Schulung. Das Geld, welches dazu nötig ist, kann aber nicht bei einer Familie von 8 Köpfen mit einem Gehalt von 1800 Mk. bestritten werden. Das dazu erforderliche Geld hat die Organisation in ihrem eigenen Interesse zur Verfügung zu stellen. Unser Zentralvorstand muss die Preisbewegung der Rohmaterialien sowie der Produkte genau verfolgen. Ebenso notwendig ist es aber auch, bei Auffstellung der Forderungen im Auge zu behalten, was zu erreichen ist. Besonders ist aber zu beachten, daß da, wo die Forderung, Freigabe der Fountainuren, erhoben wird, nicht auch gleichzeitig Lohnerhöhung gefordert wird. Die Fabrikanten haben in Straßburg zu dieser Forderung abermals eine ablehnende Haltung eingenommen; trotzdem muss sie überall erhoben werden, aber allein und ihr keine andere Forderung beigegeben.

Die Ausbesserung der Konjunktur durch hohe Forderungen führt stets dazu, die Macht entscheiden zu lassen. Wir erkranken die Tarifvereinbarungen. Mit unserer jetzigen Taktik werden wir nicht dazu gelangen; sollen wir aber besser vorwärts kommen, dann muss anders gearbeitet werden. Der Kaufmann weiß, will er einen höheren Gehalt haben, daß er bei Beginn des Geschäftsjahres davor einkommen muss. Ist der Voranschlag fertig, dann ist nicht mehr viel zu machen. Im Voranschlag sind die Kalkulationen getroffen, danach gearbeitet wird. Der Preis ist festgelegt und werden nach diesem Bestellungen angenommen. Kommt nun mitten im besten Geschäftsgang die Arbeiterkraft mit Lohnerforderungen, die das Lohnkonto bedeuten, erhöhen, so wird die ganze Kalkulation in den Haufen geworfen. Nach meinem Erachten läge es im Interesse sowohl der Unternehmer als auch der Arbeiter, sich bei Beginn des Geschäftsjahres über diese Frage zu einigen, dabei muss aber nach dem Grundlag verfahren werden, jedes Jahr etwas zu fordern.

Es wäre sicher möglich, auf diese Weise mehr Vorteile zu erlangen; ist es doch allbekannt, daß in gut geführter parlamentarischer Verhandlung mehr erreicht wurde, als bei einem Streik. Allerdings muss eine achtunggebende Organisation da sein; aber ist bei einem Streik dieselbe entbehrlich?

Der Tautlinger Ausbruch und dessen Verlauf zwingt uns, wenn wir es ernst und ehrlich mit der Organisation meinen, zu einem Nachdenken. Das hätte mit dem Gelde nicht alles erungen werden können in anderen Orten! Manche Lohnbewegung müsste zurückgestellt werden, die sicher gewonnen worden wäre. Deshalb muss der Führerschaft dringend ans Herz gelegt werden, stets das Verlangen des Gegners genau zu erforschen; wie im Streike muss verfahren werden. Der Spionagegeist muss jahraus, jahrein geübt werden. Bei den überall bestehenden Informationsbureaus ist vieles zu erfahren. Am besten wird man unterrichtet von den Lederproffeln; es mag ja dieses keine Schwierigkeiten haben, aber keineswegs ist es unmöglich. Auch muss einmal ausgesprochen werden, daß eine Gewerkschaft nicht allein vom grünen Tisch aus geleitet werden kann. Will die Zentrale alle Fäden der Organisation in den Händen haben, muss mehr Führung mit den Mitgliedern bestehen. Diese Führung kann nicht auf schriftlichen Wegen bestehen. Schon vieles könnte geleistet werden, wenn der Zentralvorstand selbst mehr die Initiative bei solchen Möglichkeiten geben würde, wo eine Lohnbewegung gemacht werden soll. Dadurch würde der Vorstand mehr zu Einfluss übergehen, dadurch bedeutend an Autorität bei den Mitgliedern gewinnen, manche Bewegung viel besser vorbereitet, weit energischer betrieben und der Opfermut der Kollegen weit mehr gehoben. Letzteres ist ganz besonders nötig. Soll aber alles dieses der Vorstand thun, dann darf man nicht über hohe Obelisk gehen, sondern mit Mut und Eifer demselben bestehen. Wird in dieser Weise gearbeitet, dann wird das Vertrauen zu unserer Führerschaft gehoben und auch die zum Kampfe notwendigen Mittel nicht länger verweigert werden. Gibt uns nach dieser Richtung der Tautlinger Ausbruch die Lehre und wir verstehen dieselbe, dann ist auch diese Niederlage zwar eine große Ernüchterung, aber auch eine heilsame Lehre!

Die Streiks in Deutschland im Jahre 1899.

Seit dem Jahre 1891 wird seitens der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands eine Statistik über die Streiks und Aussperrungen, welche in Deutschland vorkommen, geführt. Das Material für diese Statistik wird durch Umfrage bei den Vorständen der gewerkschaftlichen Zentralverbände beschafft. Da in einer ganzen Anzahl Organisationen Aufzeichnungen über die Einzelheiten der Streiks nicht gemacht wurden, so war die Statistik in den ersten Jahren der Aufnahme nicht ganz vollständig. In den letzten Jahren haben die Gewerkschaftsvorstände aber sämtlich alle für die Statistik bemerkenswerten Einzelheiten über die Streiks verzeichnet, so daß die Statistik alle Streiks, welche vorgekommen sind, mit Ausnahme derjenigen, an welchen organisierte Arbeiter nicht beteiligt waren, enthält. Seit dem 1. Januar 1900 ist eine weitere Verbesserung der Aufnahme der Statistik insoweit erfolgt, als dies in allen zentralisierten Gewerkschaften nach einem einheitlichen Schema fortzuführen geschieht.

Als zum Jahre 1899 die Statistik der General-Kommission das einzige zuverlässige Material über die Streiks. Seit dem 1. Januar 1899 wird aber auch eine amtliche Statistik seitens der Reichsverwaltung aufgenommen. Bei dieser amtlichen Aufnahme scheint zwar der ganzen Anlage nach die kriminalrechtliche Seite

der Statistik vor die volkswirtschaftliche gestellt zu werden, doch bietet sie, oder sollte wenigstens bieten, ein vollständigeres Bild als die Gewerkschaftsstatistik. Eine Jahreszusammenstellung der amtlichen Statistik ist noch nicht erfolgt, doch ist vierteljährlich ein Auszug aus den Ergebnissen der Aufnahme veröffentlicht worden. Voraussetzlich wird die Jahreszusammenstellung nicht eine einfache Summierung der vierteljährlich veröffentlichten Listen sein, sondern es dürfte noch wesentliche Berichtigungen besonders bezüglich der in der amtlichen Statistik unvermeidlichen Doppelzählungen erfolgen. Die Reichsstatistik zählt nämlich die Streiks nach Verwaltungsbezirken, so daß ein Streik, der sich über zwei bis drei Bezirke erstreckt (z. B. Berlin und Borussia) zwei bis dreimal gezählt ist. Bei gleicher Teilnehmerzahl ist also die amtliche Zahl der Streiks größer, was allerdings dadurch ausgeglichen wird, daß auch die Gewerkschaftsstatistik doppelte Streifreisen bei Beteiligung mehrerer Organisationen (besonders im Baugewerbe) nicht ausschließt. Dem gegenüber zählt die Reichsstatistik einen Streik, der mehrere verschiedener Branchen und Industriezweige betrifft, als ebenso viele Einzelstreiks. Wenn A. ein Tischlerstreik die Möbel-, Bau-, Möbel-, Parket-, Apparaten- und sonstige Branchen umfasst, so wird für jede Branche ein selbständiger Streik gezählt, während die Gewerkschaftsstatistik, sofern alle diese Bünde derselben Organisation angehören, diesen Streik als einheitlichen aufzählt. Ob in der Jahreszusammenstellung der amtlichen Statistik für diese Fehler vollständig werden beseitigt lassen, ist fraglich. Für einen vorläufigen Vergleich mit den Ergebnissen der Gewerkschaftsstatistik wird wir auf eine Summierung der vierteljährlichen Veröffentlichungen der Ergebnisse der amtlichen Aufnahme angewiesen.

Ersieht ergibt an Streiks und Aussperrungen 1893 mit 106001 beteiligten Personen (darunter 41 Aussperrungen mit 6204 Beteiligten).

Die Gewerkschaftsstatistik weist für 1899 976 Streiks und Aussperrungen mit 100779 beteiligten Personen (darunter 41 Aussperrungen mit 11815 Beteiligten) aus.

In der Gewerkschaftsstatistik fehlen die Streiks der Naturarbeiter (Hilfsarbeiter) und der Lagerierer. Wenn in der amtlichen Statistik die Doppelzählungen, welche aus den angegebenen Gründen entstehen müssen, ausgeglichen werden, so dürften die Ergebnisse der beiden Statistiken sich ziemlich nahe kommen. Ein Beweis dafür, daß die Gewerkschaftsstatistik zuverlässiges Material bietet, wie auch dafür, daß nur wenige Streiks vorkommen, von welchen die Gewerkschaftsvorstände keine Kenntnis erhalten.

In der Gewerkschaftsstatistik ist stets eine Gruppierung der Streiks nach Angriff und Abwehrstreiks erfolgt. Es ist dies ursprünglich in der Absicht geschehen, um den Nachweis zu führen, in wie zahlreichen Fällen die Unternehmer die Verantwortung dafür tragen, daß die Arbeiter zum Streik gezwungen wurden, mit einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorzubeugen und daß die Zahl dieser Streiks nicht geringer ist als die, bei welchen die Arbeiter zum Angriff übergehen. Aus dieser Gruppierung hat sich jedoch im Lauf der Jahre ein interessantes Material ergeben. Es geht aus diesem hervor, daß in der Periode ungunstiger wirtschaftlicher Konjunktur die Unternehmer sofort bestraft sind, die Höhe zu kürzen und die Arbeitszeit zu verlängern, kurz, den einseitigen Ausfall am Profit durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auszugleichen, den Verlust auf die Schultern der Arbeiter abzumalen.

(Fortsetzung folgt.)

Soziale Bundschau.

Arbeitslosenversicherung. Die Frage der Fürsorge für die Lage der Arbeitslosigkeit ist nun, da wir im Beginn der Krise stehen, aktuell geworden. Es beschäftigt sich damit die Arbeiterpresse wie die bürgerliche Presse, letztere meist in negativem Sinne, und auch Verammlungen von Arbeitern wie beherrschende Organe beschäftigen sich damit. So plant der Oberbürgermeister Fund in Eberfeld den nächsten Behörden die Errichtung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung vorzuschlagen, mit welcher Idee sich kürzlich eine von 2600 Arbeitern besuchte Verammlung beschäftigte, in der der Reichstagsabgeordnete Wollensbaur-Damburg referierte. Eine wirksame Arbeitslosenversicherung, die angestrebt werden müßte, führte er aus, kann nur durch das Reich eingerichtet werden. Legt man die 1895 geätzten 368 332 Arbeitslosen und 300 Arbeitstage des Jahres sowie eine tägliche Unterführung von 2 Mk. der Berechnung zu Grunde, so ergibt sich eine jährliche Unterführungsausgabe von 220 Millionen Mark, dazu 60 Millionen Mark Verwaltungsausgaben, somit insgesamt 280 Millionen. Würden Staat und Unternehmer je ein Drittel übernehmen, so würden die Arbeiter einen Wochenbeitrag von 12 Pf. zu entrichten haben. Es müßten auch die landwirtschaftlichen Arbeiter in die Versicherung einbezogen und den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht nach Maßgabe ihrer Beitragsleistung eingeräumt werden. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärte die Verammlung, daß sie kein prinzipieller Gegner der Arbeitslosenversicherung sei, doch vornehmliche Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit für wichtiger hält und eine Verlängerung der Arbeitszeit auf dem Wege der Gesetzgebung und des gewerkschaftlichen Kampfes als ein viel wirksameres Mittel zur Bekämpfung des durch die heutige planlose Produktionsweise erzeugten Arbeitslosensens erachtet. Die Verammlung hält ferner den vorliegenden Entwurf der für den höchsten Den geplanten Versicherung für unannehmbar, so lange darin nicht den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen wird.

Das Fiasko der Kölner Arbeitslosenversicherung. Die im Jahre 1896 von sogenannten bürgerlichen Arbeiterfreunden und konfessionellen „Arbeiterführern“ unter Leitung des Oberbürgermeisters Bieder in Köln mit Aufbruch der gewerkschaftlich organisierten und sozialdemokratischen Arbeiter gegründete kommunale Arbeitslosenversicherung hat täglich Fiasko gemacht und ist am Ende ihres Lebens angelangt. Sie zählte bei der Gründung 132, 1897/98 236, 1898/99 233 und 1899/1900 236 Mitglieder bezw. Bezugsberechtigte, von denen auch in der Tat 96, 151, 144 und 154 Arbeitslosenunterführung verlangten, wodurch der Bestand der Kasse einfach vermindert wurde. Durch dieses wohlverdienende Fiasko ist aber nicht der Gedanke der kommunalen Arbeitslosenversicherung kompromittiert, sondern die Unfähigkeit bürgerlicher und konfessioneller „Sozialpolitik“ und „Arbeiterfreunde“.

Erklärung.

In Nr. 35 des „Fachsblatt“ erschien ein Artikel betitelt: „Zur Abwehr“ u. s. w., welcher meine Erklärung in Nr. 25 über welche sich die Parte- und Gewerkschaftspresse ausgesprochen und das Gebahren unserer Kollegen mir gegenüber verurteilte, abzufchwächen sucht, indem ausgeführt wird, daß mir niemand das Armenhaus angetragen habe. Das habe ich auch gar nicht geschrieben, sondern nur angefragt, ob die Kollegen mich im Armenhaus untergebracht wissen wollten.

Jetzt nach so langer Zeit kommt endlich die Antwort, welche mir auch zugleich eine Demotion von 1000 Mk. jährlich in Aussicht stellt, dabei bemerkt, daß ich noch nicht genug sei, um noch einen nicht anstrengenden Nebenberuf zu erlangen. Wahrscheinlich hat dies die oben genannte Presse verursacht, denn sonst hätte man mir es nicht angetragen. Deshalb nehme ich auch kein Wort von meiner Erklärung zurück und will ich auch keine Demotion. Meine Antwort, durch Verberantragung hervorgerufen, ist eine Vorübergehende und ich habe mich auch in der Naturbelustung „Erbenläßt“ so weit erholt, daß ich in einigen Wochen wieder thätig sein kann. Wäre ich wie andere Vorübergehende auch mandant abgelöst worden, wäre ich nicht so erkrankt.

